

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Januar 1974

# Evangelische Verantwortung

Heft 1/1974

## Der Staat: Lieferant der Lebens- qualität?

Hermann Boverter

**Lebensqualität: Ein Schlagwort, von dem die einen behaupten, es diene der Umfunktionierung unserer Gesellschaft im Sinne von Karl Marx; die anderen dagegen verweisen auf den substantiellen Wert gerade dieser Vokabel für eine humane Welt. Im folgenden Artikel setzt sich der Direktor der Katholischen Akademie Bensberg kritisch mit dem Begriff Lebensqualität und seiner Inanspruchnahme auseinander.**

In der Leserbriefspalte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war vor einigen Wochen ein Brief abgedruckt mit der Überschrift „Mehr Qualität des Lebens“. Dem Ölboycott der Araber, meinte der Leserbriefschreiber mit Anspielung auf das Sonntagsfahrverbot, hätten wir „die erste substantielle Steigerung der Lebensqualität seit der Erfindung dieses Slogans“ zu verdanken.

Fußgänger konnten verloren geglaubte Lebensräume zurückerobern, man begegnete sich wieder in einem neuen „Gemeinschaftsgefühl“. Im Leserbrief heißt es wörtlich: „Keiner wurde gejagt, und Kinder konnten ungefährdet im Freien spielen. Einige Millionen bundesdeutsche Kreisläufe wurden generalüberholt. Naturhaushalt und städtische Umwelt konnten 24 Stunden lang regenerieren.“

Ein Hauch von Nostalgie war dem Schlagwort von der Lebensqualität von Anfang an mitgegeben. In dem FAZ-Leserbrief zeigt sich die Rückwendung zum einfachen Leben sehr deutlich. Aber es tritt auch etwas anderes hinzu, daß nämlich die Ursachen des Gejagtseins oder des Verlusts an Gemeinschaftsgefühl nicht auf das Minus-Konto freier

Selbstverantwortung abgebucht, sondern an die politische Vokabel von der Lebensqualität angebunden werden. Das heißt, es zeigt sich eine Schwächung des Freiheits- und Selbstbehauptungswillens zugunsten einer Politik, die in kollektiver Anstrengung die verlorenen Lebens- und Sinnwerte zurückzuholen trachtet.

### Defizit an Sinn läßt Jenseitshoffnungen hervortreten

Ohne Zweifel wird sich jeder Politiker mit dieser neuen Herausforderung auseinandersetzen haben, und deshalb erstaunt die Karriere, die das Schlagwort von

## Aus dem Inhalt

<b>Der Staat: Lieferant der Lebensqualität</b>	1
<b>Aus unserer Arbeit</b>	3
<b>Ein neuer Kreislauf der Eliten Peter L. und Brigitte Berger</b>	4
<b>Kurz notiert</b>	7
<b>Freiheit und Mitverantwortung sind untrennbar Richard von Weizsäcker</b>	8
<b>Wie stabil ist die Kirche?</b>	10

der Lebensqualität in kürzester Zeit gemacht hat, überhaupt nicht mehr. Es genügt offenbar nicht länger, in unserer komplizierten Welt auf die

**Wir sind umgezogen!**

Die Redaktion der Evangelischen Verantwortung sowie die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU befinden sich seit dem 1. Januar 1974 in 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 20 23 06.

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Januar 1974

# Evangelische Verantwortung

Heft 1/1974

## Der Staat: Lieferant der Lebens- qualität?

Hermann Boverter

**Lebensqualität: Ein Schlagwort, von dem die einen behaupten, es diene der Umfunktionierung unserer Gesellschaft im Sinne von Karl Marx; die anderen dagegen verweisen auf den substantiellen Wert gerade dieser Vokabel für eine humane Welt. Im folgenden Artikel setzt sich der Direktor der Katholischen Akademie Bensberg kritisch mit dem Begriff Lebensqualität und seiner Inanspruchnahme auseinander.**

In der Leserbriefspalte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war vor einigen Wochen ein Brief abgedruckt mit der Überschrift „Mehr Qualität des Lebens“. Dem Ölboycott der Araber, meinte der Leserbriefschreiber mit Anspielung auf das Sonntagsfahrverbot, hätten wir „die erste substantielle Steigerung der Lebensqualität seit der Erfindung dieses Slogans“ zu verdanken.

Fußgänger konnten verloren geglaubte Lebensräume zurückerobern, man begegnete sich wieder in einem neuen „Gemeinschaftsgefühl“. Im Leserbrief heißt es wörtlich: „Keiner wurde gejagt, und Kinder konnten ungefährdet im Freien spielen. Einige Millionen bundesdeutsche Kreisläufe wurden generalüberholt. Naturhaushalt und städtische Umwelt konnten 24 Stunden lang regenerieren.“

Ein Hauch von Nostalgie war dem Schlagwort von der Lebensqualität von Anfang an mitgegeben. In dem FAZ-Leserbrief zeigt sich die Rückwendung zum einfachen Leben sehr deutlich. Aber es tritt auch etwas anderes hinzu, daß nämlich die Ursachen des Gejagtseins oder des Verlusts an Gemeinschaftsgefühl nicht auf das Minus-Konto freier

Selbstverantwortung abgebucht, sondern an die politische Vokabel von der Lebensqualität angebunden werden. Das heißt, es zeigt sich eine Schwächung des Freiheits- und Selbstbehauptungswillens zugunsten einer Politik, die in kollektiver Anstrengung die verlorenen Lebens- und Sinnwerte zurückzuholen trachtet.

### Defizit an Sinn läßt Jenseitshoffnungen hervortreten

Ohne Zweifel wird sich jeder Politiker mit dieser neuen Herausforderung auseinandersetzen haben, und deshalb erstaunt die Karriere, die das Schlagwort von

## Aus dem Inhalt

<b>Der Staat: Lieferant der Lebensqualität</b>	1
<b>Aus unserer Arbeit</b>	3
<b>Ein neuer Kreislauf der Eliten Peter L. und Brigitte Berger</b>	4
<b>Kurz notiert</b>	7
<b>Freiheit und Mitverantwortung sind untrennbar Richard von Weizsäcker</b>	8
<b>Wie stabil ist die Kirche?</b>	10

der Lebensqualität in kürzester Zeit gemacht hat, überhaupt nicht mehr. Es genügt offenbar nicht länger, in unserer komplizierten Welt auf die

Wir sind umgezogen!

Die Redaktion der Evangelischen Verantwortung sowie die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU befinden sich seit dem 1. Januar 1974 in 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 20 23 06.

---

**Das Leiden am Wohlstand  
zu politisieren**

---

Sachlichkeit zu verweisen oder sich auf die Vernunft zu berufen und zu verlassen. Dieses Zeitalter dürfte sich dem Ende zuneigen. Die Menschen sind unzufrieden mit dem technischen Fortschritt und einem Dasein, das nur funktionell verstanden wird.

Plötzlich ist die Vokabel „Glück“ wieder da; Irrationales verdrängt die Nüchternheit. Der Umgang mit einer so verantwortenden Freiheit hat das meiste an Glanz eingeübt und sieht sich überspielt von „gesellschaftlichen Bedürfnissen“, die das freie Spiel der Kräfte nicht länger zulassen. Das Jonglieren mit solchen Bedürfnissen verstehen einige Politiker ganz ausgezeichnet, und die Diffamierung des privaten Bedarfs zugunsten des öffentlichen findet eifrige Mitläufer nicht zuletzt in den Kirchen, die endlich ihren „Gottesstaat“ entstehen sehen und der Tugend schon längst die staatliche Nachhilfe gewünscht haben.

Wenn wir uns fragen, wie es dazu gekommen ist, daß eine so ungewöhnliche Forderung wie Lebensqualität in die politischen Programme aufgenommen werden konnte, ist wohl vor allem auf anthropologische Erkenntnisse zurückzugreifen. Offenbar hat sich die moderne Menschheit nicht so durchgehend säkularisiert wie allgemein angenommen. Der emanzipierte Zeitgenosse braucht auch weiterhin seine Jenseitshoffnungen, spürt er doch ein um so stärkeres Defizit an Sinn, je mehr er sich in seiner volltechnisierten Welt einrichtet. Jetzt, da nun dieses automatisierte Fortschrittswerk in zunehmendem Maße sein selbstzerstörerisches Potential zeigt, etwa in den vielerörterten Grenzen des Wachstums oder dem düster beschworenen Kollaps unserer ökologischen Strukturen, wird die theologische Lücke vollends spürbar. Antworten werden jedoch weithin nicht von der Theologie, die sich zusehends aufs Fragen und Hinterfragen kapriziert hat, sondern von der Politik gegeben. Wen wundert's, mit welcher Hellhörigkeit hingehört wird.

Viele Gewerkschaftsführer, große Teile der Sozialdemokratie und vor allem Entwicklungshilfeminister Eppler, ausgestattet mit theologischem Background, haben es sich zum erklärten Ziel gemacht, das Leiden am Wohlstand zu politisieren. Ins Gedränge um Lebensqualität stürzen sich selbstverständlich auch die neo-marxistischen Ideologen mit ihrem Spürsinn für Apokalypse und Umsturz, worin das biblische „Kehret um!“ besser als aufgehoben scheint. In Epplers Urteil ist die Politik der Lieferant der Lebenshilfe: „Nicht was der Mensch gebrauchen oder gar verbrauchen kann, steht zur Diskussion, sondern was er braucht, um seine menschlichen Möglichkeiten zu verwirklichen.“ Ein wahres Wort, wenn es aus dem Mund eines Pastors oder Seelenberaters kommt, aber ein gefährliches Wort, wenn ein Politiker – wie Eppler oder Karl Marx, von dem es übernommen wurde – es zum Ausgangspunkt politischer Herrschaft und Heilsvermittlung macht.

„Ziel unserer Politik“, schreibt Minister Eppler (Kein Zwang zum Glück, in: Die Zeit, 14. 9. 1973), „ist Erhaltung und Verbesserung von Lebensqualität. Auf dem Weg dorthin werden wir die an Marx geschulte Analyse nicht entbehren können . . . Marx kann uns die Illusion ersparen, als lasse sich Lebensqualität, ist sie erst einmal einleuchtend definiert, kraft der Rationalität des Konzepts ohne große Schwierigkeiten durchsetzen. Wer Lebensqualität will, wird auf Widerstände stoßen, auf Interesse und Ideologien, die diese Interessen überhöhen und rechtfertigen. Hier kann eine an Marx geschulte Analyse helfen, den richtigen Konflikt zur richtigen Zeit mit den richtigen Mitteln auszutragen.“

Eppler setzt auf Kampf, nicht auf Rationalität, und wer die (marxistische) Analyse nicht hinnimmt, wird es zu spüren bekommen, was Lebensqualität bedeutet. Auf solchen Wegmarkierungen soll mit dem Hebel „Lebensqualität“ nicht nur das vermeintlich bessere Wirtschaftssystem, sondern auch, getreu Marxens Analyse, der vermeintlich bessere, sprich: neue Mensch geschaffen werden. Der Vorsitzende

des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht davon, daß die Gewerkschaften nur eine „sich entwickelnde und Qualität erzeugende Wirtschaft“ wollen, die mit dem „Kapitalismus alter Art“ keineswegs identisch sei. Die Qualität der Produkte ist hier nicht gemeint, sondern: Lebensqualität. Wobei man sich verduzt fragt, ob alles, was in den letzten Jahren im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft und in Solid:rität mit den Gewerkschaften an spürbaren, in aller Welt beneideten oder bewunderten Qualitätsverbesserungen eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts erreicht worden ist, so grundfalsch gewesen ist.

---

**Moral oder Glück  
sind nicht staatliche Domänen**

---

Ich kann auf einem Millionenkonto sitzen und todunglücklich sein. Zu dieser Erkenntnis sind jetzt die Gewerkschaften offenbar auch gelangt, daß persönliches Wohlergehen und materielle Lebensumstände nicht deckungsgleich sind. Staatsräson und Glück lassen sich auch im Politischen schwerlich über einen Leisten schlagen. Man sieht es doch heute nirgendwo deutlicher als am Beispiel radikaler „unglücklicher“ Minderheiten, die mit Gewalt die Mehrheiten zu ihrem „Glück“ bekehren wollen, wie begrenzt der Spielraum ist, den ein moderner und pluralistischer Verfassungsstaat sich leisten kann, wenn er den Ehrgeiz des Eudämonismus usurpieren wollte. Die Politik, die zur Glücks- und Heilsbringerin wird, kann stets nur die Sehnsüchte eines Teils der Wählerschaft ins Auge fassen, während sie für die anderen nur Schrecken, Gewissenszwang und Terror verbreitet. Ein Staat, der die Bergpredigt oder welch menscheitsbeglückendes Programm auch immer in praktische Politik umsetzen will, ist schon im Ansatz ein totalitärer Staat, weil er Wohlstand, Wohlbefinden und Lebenssinn gleichermaßen beansprucht, zuteilt und verwaltet.

Es könnte hier der Einwand kommen, wir redeten dem liberalen Nachwächterstaat das Wort. Der Staat muß heute zwischen den Bedürfnissen im privaten und im öffentlichen Bereich immer wieder



die richtigen Proportionen herstellen helfen; das ist unbestritten. Diese vielfältige Macht ausgleichen-der, umverteilender Gerechtigkeit muß sich jedoch ihres unüberbrückbaren Widerspruchs zu den freiheitlichen Grundwerten bewußt bleiben, und nur ihretwillen ist die Demokratie da, nicht umgekehrt. Die Menschenrechte sind aller staatlichen Ordnung vorgeschaltet, und deshalb kann es überhaupt nur Lebensqualitäten, nicht eine Lebensqualität schlechthin geben. Der Singular ist schon im Ansatz anti-pluralistisch, anti-freiheitlich. Die Politik kann auch heute nicht mehr leisten als den Rahmen zu setzen und die Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß der Mensch sich verwirklicht und bei sich sein kann, nämlich frei und zusammen mit anderen sein „Glück“ zu schmieden. Mehr kann eine demokratische Politik nicht geben, sonst wird ihr eine Last aufgebürdet, unter der sie zusammenbrechen muß. Moral oder Glück sind nicht staatliche Domäne, auch nicht die Phantasie oder die christliche Liebe. Versagen die Bürger, ihr alltägliches Leben mit Inhalten, Werten und Glanz zu füllen, als einzelne oder in sozialen Gruppen, läßt sich das Sinn-Defizit von Regierungen und staatlichen Bürokratien am wenigsten reparieren. Der Staat müßte zwangsläufig zur „neuen Kirche“ avancieren. Seine Rolle ist darauf abgehoben, allen sinnstiftenden Kräften der

Gesellschaft, deren Werthaltigkeit sich mit dem Grundgesetz deckt, den notwendigen Frei- und Wirkungsraum zu sichern, fördernd und ausgleichend zwar, aber nicht bestimmend-herrschaftlich.

---

### Ziehen die Wiedertäufer durchs Land ...

---

Das Gemenge von Bibel, Politik und Poesie, das Klaus Harpprecht und andere Ghost-Writer dem Bundeskanzler in seine Lebensqualität-Euphorik hineinschreiben, nimmt die Sätze immer nur, wie sie passen. Im Matthäus-Text, auch schon im Alten Testament lautet der vollständige Satz, aus dem der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vor einem Jahr nur den ersten Teil zitiert hat: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jedem Wort, das aus dem Munde Gottes stammt.“ Der Nachsatz paßt nicht ins Konzept, aber der Nachdenklichkeit und Skepsis, wie ernst es eine Regierung mit der Beglückung meint, sind auch keine Grenzen gesetzt, wenn man dem Kanzlerwort vom nicht-alleinseligmachenden Brot das Eppler-Wort der „an Marx geschulten Analyse“ hinzufügt, in der sich bekanntlich die alleinseligmachende Politik ihr Pro-

gramm gibt und die ihre Zielvorstellungen stets auf das Geschickteste mit Ersatz-Theologie zu verbrämen wußte.

Man lese Ernst Bloch: „Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“

Der Sehnsucht, sich unter ein kollektives Joch zu beugen, das als „süß“ empfunden wird und die eigentliche Qualität des Lebens darstellen soll, kommt uns vor wie das umgestülpte Wort der Schrift: „Wer sein Leben verliert, wird es gewinnen.“ Wenn diese Sehnsucht nach dem ganz anderen aus den inneren Bereichen in die politischen ausbricht, ziehen die Wiedertäufer durchs Land. „Auf dem Weg dorthin werden wir die an Marx geschulte Analyse nicht entbehren können.“ Aber man sollte, fairerweise, auch ein anderes Wort Epplers zitieren, das in dem erwähnten Aufsatz nur wenige Zeilen tiefer steht: „Nur wer in jedem Augenblick auf Freiheit setzt, kann Freiheit erhalten und schaffen.“ Vielleicht ist dies das Verwirrendste an einem Schlagwort wie Lebensqualität, daß es die Zusammenhänge vernebelt.

---

## Aus unserer Arbeit

---

### EAK Westfalen-Lippe:

Auf seiner letzten Sitzung diskutierte der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises Westfalen-Lippe über ein Konzept für die zukünftige Arbeit des EAK und beschloß gleichzeitig einen Arbeitsplan für 1974. Dieser Arbeitsplan sieht vor, in den nächsten Monaten verschiedene Grundsatzveranstaltungen durchzuführen, die unter dem Leitthema „Politik für den Menschen“ stehen sollen. Im Rahmen dieser Tagung ist an die Bil-

dung folgender Arbeitskreise gedacht:

- a) „Menschenbild“  
(Leitung: Horst Quarz),
- b) „Demokratieverständnis“  
(Leitung: Herbert Kayser)
- c) „Gesellschaft“  
(Leitung: Dr. Schultze-Rhonhof)
- d) „Zukunftsbestimmende Faktoren“.

Gleichzeitig soll noch eine Tagung zu dem Thema „Staat und Kirche“ durchgeführt werden.

Ausgangspunkt für das vom Vorstand beschlossene Konzept war

der Beschluß der letzten EAK-Landes-tagung, die Arbeit in Zukunft grundsätzlicher, politischer und attraktiver zu gestalten. Neben die Fortsetzung der traditionellen Aufgaben sollten ebenfalls Gespräche mit allen Parteiausschüssen und Vereinigungen treten. Der EAK müßte darüber hinaus verstärkt auch zu eigenen Tagungen einladen.

Diesen Beschlüssen der Landes-tagung will der EAK-Landesvorstand durch die Abhaltung von Grundsatzveranstaltungen nachkommen.

---

# Ein neuer Kreislauf der Eliten

Peter L. Berger und Brigitte Berger

---

Hippies und andere Subkulturerscheinungen haben manchmal die Frage laut werden lassen, ob künftig noch ausreichend Fachkräfte für die „Elitfunktionen“ der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Viele Untersuchungen haben ergeben, daß ein Teil des Nachwuchses der jetzigen sozialen Oberschicht aus der scheinbar vorprogrammierten Karriere einfach „ausstiegt“. Im vorliegenden Aufsatz weisen amerikanische Soziologen nach, daß deren Plätze von jenen Arbeiterkindern eingenommen werden, die am Leistungsethos der protestantischen Ethik bereit sind festzuhalten und damit einen neuen Kreislauf der Eliten in Gang setzen.

Revolutionäre Ideen und Thesen üben seit Jahren auf einen beachtlichen Teil der amerikanischen Intelligenz eine starke Anziehungskraft aus. In jüngerer Zeit bewegte sich das revolutionäre Gerede in einer Bahn mit recht deutlichem Linksdrall und produzierte allerlei Phantasievorstellungen von politischen Revolutionen roter oder schwarzer Couleur. Seit kurzem hat es nun den Anschein, als ob sich dieser Drall etwas verändert habe. Die Diskussion scheint sich mehr auf die Kulturrevolution zu verlagern. Zartes Gras sprießt durch die Risse im harten Beton. Die „Jungen“ – samt langen Haaren und sonst noch was – sind es nun, die Amerika das Heil bringen werden. Beiden Arten des Geredes von der Revolution gemeinsam aber ist die souveräne Mißachtung der Realitäten einer technologischen Gesellschaft überall und der Realitäten der Klassen- und Machtverhältnisse in Amerika.

Nur ein sehr leichtgläubiger Leser linker Publikationen konnte je glauben, daß eine von der Linken ausgehende politische Revolution in Amerika auch nur die geringsten Erfolgsaussichten hätte. Die sogenannte schwarze Revolution steht heute an einem Scheide-

weg, von dem noch die Rede sein wird. Die sogenannte „grüne Revolution“ – die Hinwendung zu antimaterialistischen Werten, wie sie Charles Reich in „The Greening of America“ beschreibt – wird jedoch höchstwahrscheinlich zu folgenden Ergebnissen führen: Sie wird die soziale Mobilität in Amerika erhöhen, den Angehörigen der unteren Mittel- und der Arbeiterklasse neue Aufstiegschancen eröffnen und im Verlauf dieses Prozesses die ethnische und religiöse Struktur der Oberklassen verändern. Anders ausgedrückt: Weit davon entfernt, Amerika zu „begrünen“, wird die angebliche Kulturrevolution vielmehr die Vitalität der technologischen Gesellschaft, gegen die sie sich richtet, erhöhen. Sie wird dadurch den Interessen gerade jener sozialen Schichten förderlich sein, die am wenigsten von der so sehr gepriesenen Bewußtseinsveränderung berührt werden.

Die Kulturrevolution erfolgt nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum, sondern innerhalb eines spezifischen Bereichs einer in Klassen gegliederten Gesellschaftsstruktur.

Die Kader der Revolution rekrutieren sich – zwar nicht ausschließlich, aber doch überwiegend – aus den Kindern der oberen Mittelklasse mit College-Bildung. Ethnisch gesehen handelt es sich meist um Weiße: angelsächsische Protestanten und Juden. Der Religion nach gehören erstere vornehmlich den protestantischen Hauptkirchen an, manche aber auch den Sekten und streng bibelgläubigen Gemeinden. Den natürlichen Brennpunkt der Revolution bilden die für amerikanische Universitäten typischen Lehr-, Lern-, Wohn- und Lebensgemeinschaften des Campus – besser vielleicht jene Art Campus, den die Angehörigen dieser Bevölkerungsschicht bevorzugen – und die Satellitenstädte an seinem Rande. Die Revo-

lution findet mit anderen Worten in einer Subkultur der zur oberen Mittelklasse gehörenden Jugend statt, oder hat dort zumindest ihren Mittelpunkt.

---

## Angriff auf die „protestantische Ethik“

---

Es war nicht die Kulturrevolution, die diese Subkultur hervorgebracht hat. Die Jugend ist, wie wir heute wissen, ein Produkt von technologischen und wirtschaftlichen Kräften, die aufs innigste mit der Dynamik einer modernen Industriegesellschaft verknüpft sind. Das gleiche gilt für das Erziehungs- und Ausbildungssystem, das die Masse der heutigen Jugend für einen immer länger werdenden Lebensabschnitt an sich bindet. Wahr an den derzeitigen Interpretationen ist, daß sich in diesem sozio-kulturellen Raum einige recht dramatische Bewußtseinsveränderungen vollzogen haben.

Diese Bewußtseinsveränderungen sind noch allzu neu und werden allzusehr von einer verzerrenden Berichterstattung in den Massenmedien überschattet, als daß heute schon eine definitive Darstellung möglich wäre. Es läßt sich nur schwer sagen, welche ihrer Manifestationen vorübergehender und welche bleibender Natur sind. Es sei hier nur auf den Gebrauch von Drogen und das bemerkenswerte Ansteigen des Interesses am Religiösen und Okkulten verwiesen. Eines jedoch läßt sich mit einiger Sicherheit sagen: Die kulturelle Revolution artikuliert sich selbst als in diametralem Gegensatz zu gewissen Grundwerten der bürgerlichen Gesellschaft stehend, die seit Max Weber allgemein als „protestantische Ethik“ verstanden

werden, nämlich Disziplin, Leistung und der Glaube an den Fortschritt und das Aufwärtstreben der technischen Gesellschaft.

Gerade diese Werte gelten jetzt als „repressiv“ und „heuchlerisch“, und die eigentlichen Verheißungen der technisch-industriellen Gesellschaft werden als illusionär und schlechthin unmoralisch verworfen. Man proklamiert eine hedonistische Ethik, als Gegenpol zur „protestantischen Ethik“, die dazu bestimmt sei, den einzelnen von den bürgerlichen Zwängen in allen Lebensgebieten – von der Sexualität über das Erlebnis des ästhetisch Schönen bis zur Berufsplanung – zu „befreien“. Leistung wird als leerer Wahn und „Entfremdung“ des Menschen von seiner eigentlichen Bestimmung angesehen, ihr Ethos als „aufgepreßt“ (das heißt repressiv starr) und letztlich lebensfeindlich. Dahinter steht eine radikale Ablehnung des Kapitalismus und der von ihm geschaffenen Klassengesellschaft. Sie erst macht die Subkultur empfänglich für Einwirkungen linker Ideologien der einen oder anderen Art.

Der Radikalismus dieser Subkultur geht jedoch viel weiter als der der normalen politischen Linken. Er steht nicht bloß im Gegensatz zu der besonderen Form der technologischen Gesellschaft, wie sie sich im bürgerlichen Kapitalismus verkörpert, sondern regiert selbst die Idee einer technologischen Gesellschaft. Die Argumentation dieser Radikalen ist eher rousseauisch als jakobinisch, ihre Heilsvorstellungen sind von ausgesprochen bukolischer Art und die Truppen der Revolution rekrutieren sich nicht, wie von Marx prophezeit, aus der Masse der Werktätigen, sondern aus Naturkindern, die nackt zum Klang von Urwaldtrommeln und zwitschernden Flöten tanzen.

---

### Kindheit und Bürokratie

---

Entwerfen Erwachsene eine Utopie von der Kindheit, tut man gut daran, zu fragen, wie denn ihre eigene Kindheit ausgesehen haben mag. In diesem Falle ist die Antwort nicht schwer. Wie Philippe Ariès in seinem 1960 erschienenen

Buch «L'enfant et la vie familiale sous l'ancien régime» nachgewiesen hat, bestand eine der bedeutendsten Kulturleistungen der Bourgeoisie in der tiefgreifenden Umformung der Struktur der Kindheit, die die Aufzucht und den Schutz der Kinder vor allen schädigenden Einflüssen zu einem zentralen Anliegen der Familie werden ließ. Die Veränderung des Kindheitsbildes ist genau wie der starke Rückgang der Kindersterblichkeit und der Kinderkrankheiten, der der modernen Medizin und Ernährungswissenschaft zu verdanken ist, eine der Grundtatsachen der modernen Gesellschaft. Ein neues Kindheitsbild war damit geschaffen, das Bild einer wahrscheinlich glücklicheren Kindheit als sie die menschliche Gesellschaft je zuvor gekannt hat.

Die Auswirkung dieser Veränderung des Kindheitsbildes muß jedoch in Verbindung mit einer anderen Grundtatsache der modernen Gesellschaft gesehen werden – nämlich der zunehmenden Bürokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Wir begreifen die Unruhe unter der Jugend heute als im Zusammenprall dieser beiden Fakten verwurzelt – oder, um ein Wort Max Webers abzuwandeln, in dem Zusammenstoß zwischen dem neuen „Geist der Kindheit“ und dem „Geist der Bürokratie“. Dennoch scheint es angebracht, Bedeutung und Wert jeder dieser Tatsachen getrennt zu würdigen, sieht es doch so aus, als ob beide von Bestand sein werden. Zu diesem Zusammenprall kommt es im Leben des einzelnen logischerweise und fast zwangsläufig gerade dann, wenn der Jugendliche aus dieser neuen Kindheit austritt und erstmals – in Gestalt der Schule – der Bürokratie begegnet.

Es ist hier nicht der Platz, diesen Gedankengang weiterzuentwickeln. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß es sich fast um das genaue Gegenteil der Interpretation des gleichen Zusammenstoßes im Sinne Freuds durch Leute wie Lewis Feuer oder Bruno Bettelheim handelt: die rebellierende Jugend kämpft nicht gegen ihre Väter – ganz im Gegenteil; sie empört sich wegen des Fehlens der Vaterfigur und der Nestwärme der Familie in den bürokratischen Institutionen, in denen sie nun leben muß. Das entscheidende aber ist, daß das neue,

von der Bourgeoisie geschaffene Kindheitsbild heute nahezu alle Klassen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft beeinflusst – allerdings nicht in der gleichen Weise. Wie beispielsweise John Seeley und Herbert Gans nachgewiesen haben, bestehen in der Kindererziehungspraxis der verschiedenen Klassen große Unterschiede. Die Veränderung des Kindheitsbildes und die sie begleitende Entstehung eines neuen „Geistes der Kindheit“ vollzog sich vornehmlich und am deutlichsten in der Oberklasse, das heißt in eben jener sozialen Schicht, aus der zur Zeit die Manifestationen des „Grünens“ kommen.

Diese Feststellung soll keinesfalls ein Werturteil sein. Wer nach Werturteilen ruft, sollte sich unseres Erachtens erst einmal um geeignete Kriterien für eine solche Beurteilung bemühen. Nur sehr wenige Kulturen (oder Subkulturen) sind in allem bewundernswert oder in allem verabscheuungswürdig, und Intellektuelle, die die Jugendkultur in den Himmel heben, sind genau so große Simplifikateure wie Politiker, die sie in Grund und Boden verdammen. Wir wollen uns hier darauf beschränken, den wahrscheinlichen Folgen der in Rede stehenden kulturellen Veränderungen nachzugeben.

---

### Die „Ausgestlegenen“ der Mittelklasse

---

Nährboden der „grünen Revolution“ ist eine klassenspezifische Jugendkultur. Jugend aber ist von der Definition her ein Übergangsstadium – eine Station auf dem Lebensweg. Lange Haare hin, lange Haare her, ein jeder wird, leider, älter. Auf dieses unbestreitbare biologische Faktum verzweifelte erwachsene Beobachter ihre Hoffnung, die neue Jugendkultur werde sich als eine, wenn-



gleich sehr lautstarke, Version des alten jugendlichen Überschwangs amerikanischer Prägung herausstellen.

Wahrscheinlich trifft das bei vielen der jungen Rebellen auch tatsächlich zu, besonders bei jenen, die das äußere Brimborium und Gehabe der Jugendkultur annehmen, ohne sich deren neues Bewußtsein wirklich zu eigen zu machen.

Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Station für einen noch nicht abschätzbaren Prozentsatz der Jugendlichen zur Endstation werden wird, das heißt, daß sie an diesem Punkt in ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung stehen bleiben werden. Eine allem Anschein nach wachsende Zahl bewegt sich nämlich von der Jugendkultur auf eine Gegen-Kultur zu. Diese sind es, die für immer „aussteigen“. Bei anderen wiederum hinterläßt der Durchgang durch die Jugendkultur zumindest gewisse Dauereffekte, und das nicht nur, was ihr privates Leben, sondern auch ihre berufliche Laufbahn angeht.

Wie der Puritanismus, der die bürgerliche Kultur Amerikas hervorbrachte, hat auch diese Bewegung kanonisierte Heilige und eifrige Sympathisanten. Die ersteren werden im grimmigen Bewußtsein ihrer Rechtschaffenheit Sandalenmacher im kalifornischen Isla Vista; die anderen lehnen zumindest die eindeutig „teuflichen“ Berufe innerhalb des „Systems“ ab – nämlich Berufslaufbahnen innerhalb der wissenschaftlichen Technologie, der Wirtschaft und des Staates, die zu Positionen mit Status und Vorrechten in der Gesellschaft führen. Sie steigen nicht gänzlich aus, verlagern ihre Interessen aber doch auf andere Hauptfächer – vor allem auf die Geistes- und Sozialwissenschaften –, wie aus den jüngsten Hochschulstatistiken ersichtlich ist.

Welche Gesamtauswirkungen dies haben wird, hängt offensicht-

lich vom Umfang und Ausmaß des sich abzeichnenden Wandels ab. Um die Auswirkungen abschätzen zu können, muß man sie in Beziehung zu der Klassen- und Berufsstruktur der Gesellschaft setzen. Für diejenigen, die sich der Gegen-Kultur für immer verschreiben – und wahrscheinlich auch für ihre Kinder –, läuft dieser Schritt auf einen sozialen Abstieg hinaus. Für die Sympathisanten braucht dies nicht zuzutreffen – zumindest solange nicht, wie die Gesellschaft bereit ist, Dichtern, Experten in „Sensitivitätstraining“ und Soziologen mit Weltverbesserungsplänen eine Pfründe einzuräumen. Aber auch sie werden im Endeffekt von jenen beruflichen Laufbahnen (in Wirtschaft und Industrie, im öffentlichen Dienst, in Technologie und Wissenschaft) abgehalten, die auch in Zukunft zu den höheren Positionen in einer modernen Gesellschaft führen werden.

---

#### **Führungspositionen in einer technologischen Gesellschaft**

---

Wir dürfen nicht vergessen, daß die qualitativen und quantitativen Anforderungen der technologischen Gesellschaft an den Nachwuchs ungeachtet irgendwelcher kultureller Veränderungen innerhalb dieser oder jener Gruppe nicht nur fortbestehen, sondern noch steigen werden. Die Vorstellung, daß als Folge der Automatisierung immer weniger Leute gebraucht werden, um die technologische Gesellschaft in Gang zu halten, und daß deshalb immer mehr Menschen Zeit und Müße haben werden, sich nur noch mit dem zu beschäftigen, was ihnen Spaß macht, ohne deshalb auf den Komfort der Elektrizität verzichten zu müssen, steht im Widerspruch zu allen bekannten Tatsachen. Die Automatisierung führt zu Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – sie hat beispielsweise verschiedene Berufssparten ungelerner Arbeiter überflüssig gemacht –, die Zahl der Menschen aber, die für die Inganghaltung der Gesellschaft erforderlich sind, verringert sie mitnichten. Sie läßt im Gegenteil den Bedarf an Wissenschaftlern, Technikern und – nicht zuletzt – Fachkräften für den bürokratischen

Sektor fortgesetzt steigen. (Der gegenwärtig zu verzeichnende Rückgang der Beschäftigung in den wissenschaftlichen und technischen Berufen ist eine Folge der Rezession, hat also nichts mit den langfristigen Erfordernissen der Gesellschaft zu tun.) Die von besagten Jugendlichen aus der oberen Mittelklasse verächtlich abgelehnten Positionen wird man daher anderweitig besetzen müssen. Das Ergebnis ist klar: Es wird Platz an der Spitze geben.

Wer aber wird mit größter Wahrscheinlichkeit dieses gesellschaftliche Erbe antreten? Es wird die erste Generation von hochschul-erzogenen Kindern aus der unteren Mittel- und der Arbeiterklasse sein. Dabei wollen wir mit dieser Behauptung keineswegs unterstellen, daß die Jugendlichen aus diesen Schichten durch die Berührung mit der Jugendkultur während ihrer Schul- und Ausbildungsjahre nicht auch irgendwie geformt werden. Ihre Sexualmoral, ihre ästhetischen Urteile und selbst ihre politischen Anschauungen werden sich gegenüber denen ihrer Eltern vielleicht permanent verändern. Trotzdem glauben wir, daß sie im späteren Leben das Anti-Leistungsethos der Kulturrevolution ablehnen werden. Sie mögen auch künftig aus Hi-fi-Lautsprechern Rockmusik hören und weniger rassistische Vorurteile hegen; aber alle diese kulturellen Übernahmen sind letztlich für den Erfolg oder Mißerfolg des einzelnen in einer Technokratie funktionell irrelevant. Nur sehr wenige von ihnen werden jedenfalls Sandalenmacher oder Landarbeiter in den Kommunen von Vermont, und kaum mehr, so scheint uns, Soziologen mit dem Willen zur Veränderung der Gesellschaft werden.

Mithin bieten sich gerade für jene Klassen, die am wenigsten von dem berührt werden, was man heute als die revolutionäre Welle in Amerika ansieht, die besten Aussichten für einen sozialen Aufstieg. Es ist richtig, daß sich eine technologische Gesellschaft eine erkleckliche Zahl von Sandalenmachern leisten kann. Ihre „Wissensindustrie“ kann eine ganz erhebliche Menge von Fachleuten mit einem akademischen Grad in englischer Literatur beschäftigen; und das Erziehungssystem selbst hält eine Menge Arbeitsplätze für Leute bereit, die nicht in das tech-

nokratische Gefüge passen. Für die Besetzung der Schalt- und Kommandostellen in der Gesellschaft und zur Inganghaltung ihrer Maschinerie aber werden Leute eines ganz anderen Schlages benötigt. Diese werden sich die wesentlichen Prinzipien der „protestantischen Ethik“ — Disziplin, Leistungswillen und auch eine gewisse Freiheit von nagenden Zweifeln an sich selbst — zu eigen machen müssen. Wenn sich solche Menschen im Kräfte-reservoir einer Schicht nicht mehr finden, wird man ein anderes Reservoir erschließen müssen.

---

### Der Kreislauf der Eliten

---

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß das „System“ nicht zur erforderlichen Anpassung fähig sei. Die neuen Führungskräfte werden in wachsender Zahl aus den Reihen der Amerikaner italienischer, polnischer oder griechischer Abstammung, aus den schwarzen Ghettos oder aus den ärmeren protestantischen Sekten kommen. Diese Veränderungen werden das Klassensystem keineswegs schwächen, sondern erheblich stärken,

weil sie neuen Talenten den Weg nach oben bahnen und eine Erstarung an der Spitze verhindern (wenngleich sich diese Entwicklung kaum bis in die oberste Spitze auswirken dürfte). An der Mechanik und an den Antrieben des sozialen Auf- und Abstiegs wird sich so gut wie nichts ändern.

Die Daten, die wir über die Klassendynamik in einer Reihe europäischer Staaten besitzen, lassen erkennen, daß der Fall Amerika gar nicht so einzigartig ist. In England und in der Bundesrepublik Deutschland sind Veränderungen in den jeweiligen Klassenstrukturen eingetreten, die den hier dargestellten sehr ähnlich sind: das neue Kräfte-reservoir der unteren Mittel- und der Arbeiterklasse liefert dort das Personal, das technologische Gesellschaften benötigen und alte Eliten nicht mehr in zureichendem Maße hervorbringen.

Was vorstehend als die wahrscheinliche künftige Szenerie beschrieben wurde, erweist sich als recht undramatisch, wenn man es mit den revolutionären Visionen vergleicht, in denen die Intellektuellen so oft schwelgen. Es handelt sich auch nicht um einen in der Geschichte einmaligen Prozeß. Vilfredo Pareto hat diesen Prozeß den „Kreislauf der Eliten“ genannt.

Er unterstrich mit Nachdruck — und wie wir meinen, zu Recht —, daß eine ständige Ablösung einer Elite durch eine andere für den Fortbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist. In Paretos Perspektive müßte man vieles an der „grünen Revolution“ als Ausdruck der Dekadenz ansehen — was, das sei nebenbei bemerkt, nicht notwendigerweise ein Werturteil darstellt, sind doch einige sehr eindrucksvolle Blüten menschlichen Schöpfertums in dem gleichen soziologischen Sinne als dekadent zu bezeichnen.

Und am Ende könnte gar Marx — allerdings auf paradoxe Weise — Recht behalten. Vielleicht wird schließlich tatsächlich die Arbeiterklasse die Führung übernehmen. Der „Klassenkampf“ könnte in eine neue Phase eintreten, in der die Kinder der Arbeiterklasse den Sieg davontragen, weil sie am Leistungsethos festhalten, weil sie ein nicht durch endlose Selbstanalysen zerrüttetes Selbstvertrauen besitzen und weil sie von einem im Grunde intakten Glauben an die Möglichkeit der Gestaltung der Realität durchdrungen sind.

---

\* Ersterscheinung in: "The New Republic", Copyright by Harrison-Blaine of New Jersey, Inc.

---

## Kurz notiert

---

### Kirche soll Synoden und Sitzungen auf die Hälfte verringern

---

Eine Verringerung aller kirchlichen Tagungen und Ausschußsitzungen auf die Hälfte und die Verwendung der eingesparten Mittel für die diakonischen Aufgaben der Kirche hat der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober (Stuttgart), vorgeschlagen. „Der mit der Tagungssucht verbundene dauernde Raubbau an menschlicher Kraft und familiärer Harmonie hat uns schon seit lan-

gem in eine schleichende Krise der Menschlichkeit und auch des geistlichen Lebens geführt“, stellt Schober fest; die Energiekrise habe deutlich gemacht, welche Einschränkungen ohne Schaden möglich sind, wenn der äußere Zwang es erfordert.

Die Kirche biete der Welt kein gutes Beispiel, wenn sie immer mehr Wochenenden mit Synoden und Sonderveranstaltungen belege, während sie gleichzeitig die Sonntagsheiligung predige. Sie müsse auch Rücksicht nehmen auf jene, die von einem Termin zum anderen jagen und sich häufig gerade noch auf der Anfahrt zum nächsten Tagungsort durch die Papiermassen der Sitzungsunterlagen hindurchwühlen können. Zwar gelte noch der alte biblische Satz „Seinen

Freunden gibt er's im Schlaf“, doch sei damit sicher nicht der „Sitzungsschlaf abgeracketer Manager“ gemeint.

**Eine publizistische Bundestagung**, die unter anderem der Selbstdarstellung der evangelikalen Kräfte in der Bundesrepublik dienen soll, veranstaltet die Konferenz Bekennender Gemeinschaften am 22. und 23. Februar an einem noch nicht festgelegten Ort „im Raum Dortmund-Düsseldorf“. Zu der Tagung sind neben Politikern auch Vertreter von Presse und Rundfunk eingeladen. Nach Angaben der Konferenz haben bisher unter anderem Bundespresseschef von Wechmar, Dr. Dollinger (CSU), Dr. Kiesinger (CDU) und ZDF-Moderator Löwenthal ihre Teilnahme zugesagt.



# Freiheit und Mitverantwortung sind untrennbar

Richard von Weizsäcker

---

**Dr. Richard von Weizsäcker, Bundesvorstandsmittglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, ist Vorsitzender der Grundsatzkommission der Christlich-Demokratischen Union. In dieser Eigenschaft ruft er dazu auf, uns nicht über Dogmen und Ideologien zu zerstreuen, sondern uns zu dem zu befähigen, was eine Volkspartei vor allem braucht: die Entschlossenheit zum gemeinsamen Handeln.**

---

Gründung und Politik der CDU beruhen auf dem festen Fundament eines christlich geprägten Bildes vom Menschen und seiner Wertordnung. Dies Fundament gilt fort. Aber Grundsätze sind kein selbst-tätiger Besitz. Sie werfen nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben ließe. Sondern sie bleiben nur dann politisch lebendig, wenn wir sie uns immer von neuem zu eigen machen. Denn wir stehen vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter ihrem Einfluß wandeln sich ständig unsere Lebensbedingungen. Diesen Wandel müssen wir aktiv politisch gestalten. Dazu bedürfen wir des Antriebes und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.

Bloße Leitsätze über Prinzipien unserer Politik jedoch wären unbefriedigend. Sie machen es einem allzu leicht, dort, wo man ohnehin einig ist, unverbindliche Formeln zu produzieren, die schwierigen Kapitel aber auszuklammern. Auch bleibt das Verhältnis von Leitsätzen zu den Aktionsprogrammen unklar. Sie würden den Eindruck eines nachgeschobenen ideologischen Überbaus machen, ohne erkennbaren Einfluß auf vorliegende konkrete Aussagen unserer Politik zu besitzen.

---

## Klare Absage an Anpassung

---

Und wie steht es mit der angeblichen Sehnsucht unserer Partei nach einem CDU-Godesberg? Dazu muß ich feststellen, daß das, was wir vorhaben, sich ungefähr in jeder Hinsicht vom Godesberger Programm unterscheidet.

Gemäß Godesberg erfüllt sich oder, wie Brandt bei seiner Schumacher-Rede sagte, vollendet sich Demokratie nur im Sozialismus. Also bleibt Demokratie ein unvollendeter Krüppel, zu unerfülltem Dasein verdammt, solange der Sozialismus nicht gesiegt hat. Und alle Nichtsozialisten verhindern die Demokratie an ihrer wahren Bestimmung. — Diesem unter allen Parteien einzigartigen Demokratieverständnis, dem Kerngedanken von Godesberg, werden wir niemals zustimmen. Unser Demokratieverständnis verlangt von uns selbst wie von anderen, daß wir unsere Mitwirkung im Gemeinwesen niemals davon abhängig machen, ob wir die Macht im Staate haben. Keine politische Partei kann für sich beanspruchen, allein recht zu haben. Politik verlangt Wertentscheidungen; aber diese sind nicht letzte Wahrheit. Eine demokratische Volkspartei kann politische Doktrinen weder beheimaten noch mit ihnen eine Koalition eingehen.

Volkspartei und Volksfront schließen einander aus.

— Das Godesberger Programm ist ganz im Gegensatz zu seinem Namen gar kein Grundsatzprogramm. In der SPD sind heute heftige Auseinandersetzungen gerade über die Grundsätze im Gange. Jeder Flügel beruft sich auf Godesberg. Zu Recht. Denn Godesberg ist gerade im Grundsätzlichen doppelbödig.

— Godesberg war nicht um der Grundsätze willen, sondern wegen des taktischen Zieles geschaffen worden, endlich auch einmal eine Regierungschance zu bekommen. Warum auch nicht? Das ist ein legitimes Ziel einer Partei. Das Mittel der SPD lautete freilich: Anpassung an die CDU. Man wollte uns zum Verwechseln ähnlich werden. Und nun frage ich die, welche bei uns eine Godesberg-Sehnsucht wittern: Welcher Teufel soll uns eigentlich reiten, um uns eine Verwechslungsgefahr ausgerechnet mit dieser SPD herbeisehnen zu lassen?

---

## Politische Grundsätze aktivieren

---

Nein, wir haben andere Ziele vor Augen. Wir sind eine Volkspartei, deren Mitglieder und Wähler ganz unterschiedliche Interessen haben. Diese Volkspartei ist aber kein bloßes Wahlbündnis. Sie kann nur bestehen, wenn in ihr eine einigende Kraft wirkt, die tiefer und stärker ist als der Interessenwiderstreit ihrer Mitglieder und Gruppen. In der Arbeit an den Grundsätzen wird diese Kraft lebendig und vereint uns zur gemeinsamen Aussage und zum handlungsfähigen Ganzen. In unserer heutigen Lage kommt hinzu: die Chance der Opposition, die unsere Rolle im Bund ist, diese Chance liegt in der Aktivierung der politischen Grundsätze. Wir dürfen uns nicht auf Teilaussagen beschränken. Die Einzelantworten müssen von unseren Leitlinien her entwickelt werden und dort ihre Begründung finden. Denn verständlich werden sie nur als Bestandteil einer Gesamtpolitik, die unsere langfristige Perspektive sichtbar macht.

Auch in den Beschlüssen des Hamburger Parteitag ist dies

deutlich geworden. Denn die tragenden, zukunftsweisenden und uns einenden Gedanken

– über den neuen Sozialverband Unternehmen, in dem der Arbeiter nicht mehr außenstehender Dritter, sondern Mitglied und Partner ist,

– über Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer als freiheitliche Alternative zu Klassenkampf, Staatswirtschaft und Kollektiveigentum,

– und über die Sozialpflichtigkeit des Einzelnen ebenso wie der großen Gruppen in der Gesellschaft,

das alles sind Leitlinien, die wir gerade auch in der Grundsatzkommission erarbeitet und formuliert haben.

Aber das ist bei weitem nicht genug – noch fehlt vieles. Die Sprache erfüllt bei weitem noch nicht die Anforderungen der Verständlichkeit; die Themenauswahl läßt bisher noch wichtige Bereiche aus, von der Wirtschaftsordnung bis zum großen Thema der Kultur und Kunst. Beim Staat, der Gesellschaft und der Demokratie fehlen positive und zusammenhängende Aussagen. Das Verhältnis der Grundwerte zueinander ist nicht erklärt.

---

### In verantworteter Freiheit leben

---

Die verantwortete Freiheit ist die große Aufgabe unserer Zeit. Denn die Freiheit ist in die Defensive geraten. Sie ist bedroht von anonymer Bürokratie, Massengesellschaft und technischer Fernsteuerung, von politischen Programmen der Gleichmacherei, von kollektiven Systemen und schließlich von totalitären Glücksversprechen. Aber der Kampf um die Freiheit lohnt. Denn erliegen könnte die Freiheit letztlich nicht diesen Gefahren, sondern nur ihren eigenen Schwächen: dem allzu bequemen Anspruchsdenken, dem Leistungsverdruß, dem Hang zur sozialen Ungerechtigkeit, dem Abgleiten aller verpflichtenden Werte ins rein Private und dem mangelnden Sinn für Gemeinschaft.

Freiheit zielt auf Selbstbestimmung anstelle von Fremdbestimmung, auf Mitverantwortung anstelle von Gleichgültigkeit, auf Mitmensch-

lichkeit anstelle von Vereinzelung. Freiheit bedeutet also nicht nur Individualismus, sondern praktizierte Nachbarschaft, nicht nur Kritik, sondern auch Vertrauen, nicht nur Emanzipation, sondern auch Bindung und nicht nur weltanschaulichen Pluralismus, sondern Anerkennung der für die Gesellschaft grundlegenden sittlichen Wertordnung. Freiheit und Mitverantwortung sind deshalb untrennbar. Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen. Und nur wer Mitverantwortung für die Freiheit des anderen Menschen und das Gemeinwesen praktiziert, wird selbst auf die Dauer frei bleiben können.

---

### Kein Lebensglück zuteilen

---

Die Bewährungsprobe liegt in den konkreten Daseinsbedingungen. Der freie Mensch soll wählen und entscheiden, er soll teilnehmen und mitverantworten können. Wir wollen ihn nicht zum bloßen Empfänger zugeteilten Lebensglücks degradieren. Wir wollen nicht den passiven und verwalteten Menschen, sondern den Bürger, der aktiv seine Persönlichkeit frei entfalten kann.

Es ist dieselbe verantwortete Freiheit, die wir sowohl in der Arbeitswelt wie auch in der Freizeit praktisch besser verwirklichen wollen:

– daher Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung auf dem Weg zur Partnerschaft im Unternehmen, wie die CDU es in Hamburg beschlossen hat,

– daher aber auch die große noch vor uns liegende Aufgabe der sozialen Dienste. Denn inmitten des ganzen Fortschritts der Industriegesellschaft wächst ständig die Zahl der Menschen, die Hilfe brauchen, einsam sind und nicht mehr mitkommen. Zur verantworteten Freiheit gehört eine Solidarität, die sich nicht auf Absicherung der großen Lebensrisiken durch Staat und Gesellschaft beschränken darf, so wichtig diese sind. Zur Solidarität gehört die Zuwendung von Mensch zu Mensch. Das ist nicht bloßer humaner Appell, sondern politische Aufgabe für uns.

---

### Sicherung der Familien

---

Nur ein Beispiel: Das technische Massenzeitalter droht zum Feind der Kinder zu werden. Die Trennung von Arbeit und Familie und die wachsende Erwerbstätigkeit junger Familien beeinträchtigt die häusliche Atmosphäre. Schon in den entscheidenden ersten Lebensmonaten sind die Kinder davon bedroht. Längst ehe sie zu den ersten Stufen der Chancengerechtigkeit in unseren Bildungseinrichtungen vorstoßen können, sind viele von ihnen schon zur Chancenungerechtigkeit durch frühkindliche Schäden deformiert, weil die Mutter und die Familie fehlen. Das Recht auf Chancengerechtigkeit ist für das Kind zunächst das Recht auf Familie. Denn ohne Familie können Kinder nicht sozial tüchtig und umweltgeschützt werden. Wer es ernst meint mit der Chancengerechtigkeit, muß die Familie sichern, nicht sie problematisieren. Mit Appellen an junge Mütter ist es nicht getan. Wir können von Müttern nicht erwarten, daß sie die letzten Idealisten der Nation bleiben. Sondern wir müssen für die materiellen und geistigen Voraussetzungen politisch sorgen. Und überdies: Wir brauchen dazu nicht nur Kindergärten, sondern vor allem auch Elternschulen.

---

### Engagement für Europa stärken

---

Zuletzt will ich auf den Zusammenhang der Grundsatzarbeit mit den wichtigsten Kapiteln unserer Außenpolitik, mit der Europa-Politik eingehen. Europa besitzt eine Bürokratie, eine Wirtschaft und nationale Regierungen, die den Interessen ihrer Länder verpflichtet sind. Aber das Entscheidende für Europa ist abhanden gekommen, nämlich die Überzeugung und Leidenschaft seiner Bürger für seine gemeinsame Zukunft. Es fehlt die Kraft, sich der Einsicht zu stellen, daß wir

alle miteinander zum bedeutungslosen und abhängigen Spielball der Großen werden, wenn wir nicht rasch politisch zusammenwachsen.

Es genügt nicht, die Stärkung bestehender Organe und mehr Rechte für europäische Parlamente zu fordern. Entscheidend ist die Willensbildung in unseren Ländern selbst. Wer aber, wenn nicht die politischen Parteien, ist dafür zuständig und in der Lage? Mit welchem Recht können wir Fortschritte für europäische Institutionen fordern, wenn wir nicht bei der wich-

tigsten Institution, bei den Parteien, bei uns selbst beginnen?

Was wir dazu auf die Dauer brauchen, das ist eine gemeinsame europäische Partei. Wir, die wir in unseren jeweiligen Ländern als die europäischen Parteien gelten, vor allem die Christlichen Demokraten, wir müssen damit beginnen.

Ein freies Europa, welches nur noch aus Angst vor kalten Heizungen zusammenarbeiten kann, wird keine nennenswerte eigene Geschichte mehr haben und sie auch nicht verdienen.

Ein Europa aber, das auf seiner gemeinsamen Geschichte und Kultur seine Freiheit verantwortlich auszubauen und politisch zu vereinigen weiß, mit einem solchen Europa können wir vor unseren Nachbarn und der Welt, vor allem aber vor unseren eigenen Kindern und Enkeln bestehen.

Lassen wir daran führend mitarbeiten, in der praktischen Politik und in ihrem notwendigen Fundament, den politischen Grundsätzen.

---

## „Wie stabil ist die Kirche?“

---

**Status, Rolle und Funktion der Kirche in unserer Gesellschaft sind seit langem nicht mehr unumstritten. Der anhaltenden Diskussion um die neue Position der Kirche, die innerhalb und außerhalb ihrer Mauern sich vollzieht, korrespondiert eine Unsicherheit, die sich lähmend auf Kirchenleitungen, Pfarrer und Gemeinden auswirkt. Erhebliche Beunruhigung entstand in kirchlichen Kreisen im Zusammenhang mit den Kirchenaustritten. In dieser Situation führte im Sommer 1972 das Institut für Absatzforschung Andreas Ketels (Ifak) in Wiesbaden eine empirische Meinungserhebung durch. Auftraggeber des Projektes waren die Evangelische Kirche in Deutschland, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelische Gemeindeverband Frankfurt (Main).**

**Das im Februar 1974 im Burckhardt-Haus-Verlag, Gelnhausen, erscheinende Buch: „Wie stabil ist die Kirche“ enthält die wesentlichsten Ergebnisse dieser Untersuchung. Herausgeber ist Helmut Hild, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKD. Wir informieren Sie im folgenden über Entstehung und Ergebnisse der dem Buch zugrunde liegenden Untersuchung.**

---

### **Aufgabenstellung, Gründe und theoretischer Ansatz der Befragung**

---

Anlaß und Anstoß zu der Erhebung gaben die steigenden Austrittszahlen, wie sie vor allem in

den Jahren 1969, 1970 und 1971 auftraten. Man sah die Austritte als einen Hinweis auf ein möglicherweise erheblich gestörtes Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kirche, als Indiz für Fehlentwicklungen, Entfremdungen und Dissonanzen. Man war sich klar darüber, daß eine Verbesserung des Verhältnisses nur möglich sein würde, wenn man über Vermutungen hinaus zu einer möglichst genauen Kenntnis der Einzelumstände gelangte. Aus diesen Überlegungen heraus faßten die drei Auftraggeber den Entschluß, gemeinsam im Wege der Meinungsbefragung zu versuchen, ein möglichst exaktes Bild von der Einstellung der evangelischen Kirchenmitglieder zu ihrer Kirche zu gewinnen; zugleich hegte man die Erwartung, auf diese Weise auch zuverlässige Erkenntnisse über die Hintergründe und Motive der Austrittsbewegungen zu erlangen.

---

### **Der theoretische Ansatz der Erhebung**

---

Die Befragung geht von einem organisationssoziologischen Ansatz aus. Die Grundhypothese lautet, daß die evangelische Kirche sich zunehmend der Form einer Organisation annähert und deshalb – hinsichtlich der Mitgliedschaft – wie andere Organisationen (etwa

Parteien, Gewerkschaften, Vereine) untersucht werden könne. Kirchen-Mitgliedschaft wird demgemäß mit Kategorien analysiert, die man in der Soziologie sonst zur Erforschung der Mitgliedschaftsstruktur in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen verwendet. Es wird gefragt nach:

a) Beteiligung am kirchlichen Leben (z. B. Gottesdienstbesuch, Mitarbeit in der Kirche und in kirchlichen Einrichtungen),

b) Verbundenheitsgefühl,

c) Funktions-Zuschreibung und Funktions-Abgrenzung (Fragen wie: Was soll die Kirche, was sollen der Staat oder die politischen Gemeinden an Aufgaben wahrnehmen? Bei welchen Aufgaben soll die Kirche ihre Tätigkeit verstärken, bei welchen verringern?),

d) nach der „Orientierungsebene“ (Orientierung hauptsächlich auf die Gemeinde, die Landeskirche oder die evangelische Kirche in Deutschland?),

e) Einstellung zu Taufe, Konfirmation usw. als Faktoren der „innerkirchlichen Sozialisation“,

f) Einstellung zum Kirchenaustritt und Austrittsneigung,

g) Bereitschaft, die Kirche finanziell zu unterstützen, und anderes mehr.

Der erste Teil der Untersuchung zeigt Hintergrund und Kontext der Meinungsbefragung auf. Im zweiten werden die Ergebnisse dargestellt



und analysiert; das geschieht unter drei Leitfragen:

- Wie wird Kirchenmitgliedschaft praktiziert,
- was begründet und bestimmt Kirchenmitgliedschaft,
- welche Erwartungen richten die Mitglieder an die Kirche.

Im dritten Teil wird ein erster Schritt zur Interpretation des Materials in Richtung auf eine praktisch-theologische Verarbeitung getan. Beleuchtet werden:

- die religiöse Dimension kirchlichen Handelns,
- das Bildungsdilemma der Kirche,
- ihr Spielraum im Bereich gesellschaftlichen Handelns,
- das Spektrum unterschiedlicher Distanzen zur Kirche als Kommunikationsproblem,
- Pfarrer und System,
- Frustration der Erwartung der Mitglieder und Austritt.

### Wichtige Ergebnisse der Erhebung

Das wesentliche Ergebnis zur organisationssoziologischen Fragestellung lautet: Die Kirche ist zwar auf dem Wege, sich Organisationsformen anzunähern, wie man sie bei Parteien, Gewerkschaften usw. findet, sie weist jedoch in vielem noch andere Strukturen auf. Insbesondere wird die Mitgliedschaft in der Kirche von den Befragten großenteils anders gesehen als die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Parteien, Vereinen o. ä.: Ein erheblicher Teil der Evangelischen sieht die Kirchenmitgliedschaft als eine Gegebenheit an, die er so, wie sie ist, hinnimmt, so daß die Möglichkeit eines Austritts praktisch nicht in sein Gesichtsfeld tritt. Die Mitgliedschaft wird weithin noch als „zugeschriebenes“ Merkmal angesehen – als Merkmal, das man von klein auf praktisch als selbstverständlich besitzt (wie etwa auch die Staatsangehörigkeit), und nicht etwa als „erworbenes“ Merkmal, d. h. als Merkmal, das man durch eigenen Entschluß und eigenen Willensakt erlangt (wie etwa seinen Beruf oder die Mitgliedschaft in einer Partei oder einem Verein).

Was speziell die Stabilität der evangelischen Kirche angeht, so hat sich ergeben:

a) Eine große Mehrheit bejaht die Präsenz der evangelischen Kirche in der Gesellschaft und zeigt keine Neigung, der Kirche durch Austritt die Unterstützung zu entziehen:

84% der Befragten erklären, daß für sie ein Kirchenaustritt nicht in Frage komme;

10% haben schon an Austritt gedacht, sind sich aber nicht ganz sicher;

5% geben an, sie seien schon fast entschlossen auszutreten, es sei nur noch eine Frage der Zeit;

2% sagen, daß sie fest entschlossen seien auszutreten (siehe Tabelle).

b) In ihrem Verbundenheitsgefühl zur Kirche unterscheiden sich die Mitglieder erheblich:

Nur ein gutes Drittel fühlt sich der Kirche „sehr“ (12%) oder doch „ziemlich verbunden“ (25%), ein weiteres Drittel (31%) „etwas verbunden“, das letzte Drittel „kaum verbunden“ (20%) oder „überhaupt nicht verbunden“ (12%).

Auffällig ist, daß auch von den „kaum Verbundenen“ nur relativ wenige zum Austritt neigen (siehe hierzu das Schaubild). Selbst bei den „überhaupt nicht Verbundenen“ sind es insgesamt nur 14%, die so bald wie möglich austreten wollen, und nur 27%, die schon fast entschlossen sind, auszutreten.

Soweit erkennbar, spielen hier Tradition, soziale Bindung oder auch sachliche Bejahung der geistlichen oder sozialen Aufgaben der Kirche eine wesentliche Rolle und halten auch die „kaum Verbundenen“ oder „überhaupt nicht Verbundenen“ in der Kirche.

Mitgliedschaft trotz fehlenden Verbundenheitsgefühls, das ist einer der interessanten Befunde der Untersuchung.

c) Kritischer ist die Situation bei den jungen Altersgruppen:

Von den 14–24jährigen erklären 17%, daß sie so bald wie möglich austreten werden oder fast schon entschlossen seien, auszutreten, 18%, daß sie schon öfter an einen Austritt gedacht haben, sich aber noch nicht ganz sicher seien.

Von den 25–34jährigen sind 12% zum Austritt fest entschlossen oder fast entschlossen,

11% haben schon öfters an Austritt gedacht, sind sich aber noch nicht ganz sicher.

Nimmt man beide Altersgruppen zusammen, so wären es unter den 14–34jährigen etwa 14–15 Prozent, die zum Austritt entschlossen sind: doppelt soviel wie im Durchschnitt aller Befragten. Handelt es sich hier nur um eine Zwischenphase im Lebenslauf der jungen Leute? Werden sie mit zunehmendem Alter zu einem engeren Kirchenverhältnis zurückfinden? Oder handelt es sich um eine Distanzierung, die auch im zunehmenden Alter bestehen bleibt? Die Erhebung gibt hierüber keine sichere Auskunft.

d) Taufe und Kindergottesdienst werden von einer deutlichen Mehrheit bejaht: Auf die Frage „Wenn Sie zu entscheiden hätten, ob ein kleines Kind getauft werden soll oder nicht: Wie würden Sie entscheiden?“ stimmen immerhin 82% der Befragten für die Taufe, nur 17% sprechen sich dagegen aus. Allerdings ist das Bild, wie andere Fragen zeigen, komplexer: Vor die Entscheidung für Kindertaufe oder Erwachsenentaufe gestellt, würden nur 62% für die Kindertaufe votieren und 37% für die Erwachsenentaufe.

In den Kindergottesdienst würden 79% der Evangelischen ihre Kinder schicken, nur 18% stimmen dagegen.

Beim Konfirmandenunterricht wurde keine entsprechende Frage gestellt; es ergab sich lediglich, daß 98% der Befragten konfirmiert sind.

e) Die Urteile über die eigenen Erfahrungen im Konfirmandenunterricht zeigen wahrscheinlich die schwächste Stelle im Bereich der innerkirchlichen Sozialisation. Eine Mehrheit gibt z. B. an, im Konfirmandenunterricht nur Liedertexte und Bibelsprüche auswendig gelernt zu haben. An den kirchlichen Zielen gemessen, mißlingt der Konfirmandenunterricht offenbar weithin. – Erstaunlich ist demgegen-

über die Angabe, daß man den Pfarrer, von dem man konfirmiert wurde, „in sehr guter Erinnerung habe“ (18%).

f) Stark verankert im Bewußtsein der Mitglieder sind — nach den Ergebnissen der Erhebung — die Amtshandlungen: Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung werden in hohem Maße bejaht und geschätzt, offenbar deshalb, weil sie sich mit den wichtigsten Ereignissen im eigenen Leben und dem der Familie verschränken.

g) Als der eigentliche Repräsentant der Kirche, als die Person, über die man mit der Kirche in Berührung und Kontakt kommt, zeigt sich im Bewußtsein der Mitglieder der Pfarrer. Er wird auch von denjenigen weithin bejaht, die sonst gegenüber der Kirche ein sehr distanzierendes Verhältnis haben: Selbst wer aus dem Konfirmandenunterricht nichts für sich Wesentliches mitnahm, hat meist den Pfarrer in guter Erinnerung, und auch diejenigen, die sich der Kirche kaum oder überhaupt nicht verbunden fühlen, wären größtenteils bereit, den Pfarrer bei sich zu einem Hausbesuch zu empfangen.

Die Hochschätzung des Pfarrers als des Repräsentanten der Kirche zeigt zugleich, daß die Mitglieder der Kirche im Grunde hohe Erwartungen und einen großen Vertrauenscredit entgegenbringen.

h) Die hohe Wertschätzung des Pfarrers besagt andererseits nicht, daß die Evangelischen in gleicher Weise auch für die Gemeinde — als den Wirkungskreis des Pfarrers und die traditionelle christliche Gemeinschaftsform — aufgeschlossen seien. Danach gefragt, in welcher Richtung sie sich am meisten verbunden fühlen, geben nur 46% an, auf die Gemeinde orientiert zu sein,

7% nennen die Landeskirche und 43% stimmen für die Evangelische Kirche in Deutschland. Es gibt also offensichtlich ein Kirchenverhältnis, das an der Gemeinde vorbeiläuft. — Der Anteil derer, die sich mit der Kirche etwas, kaum oder überhaupt nicht verbunden fühlen, ist in dieser letzten Gruppe besonders hoch (46–54%).

i) Die Mitglieder erwarten von der Kirche erhebliche soziale Leistungen. Gefragt, welche Tätigkeiten die Kirche verstärken sollte, stimmen

- 61% für Betreuung Alter und Gebrechlicher,
- 61% für Beistand in den Sorgen und Problemen der einzelnen,
- 60% für zeitnahe Verdeutlichung der christlichen Lehre,
- 59% für Heime für geistig und körperlich Behinderte.

Allerdings hat die Kirche im Feld der sozialen Leistungen aus der Sicht der Befragten keine spezifische Zuständigkeit, sondern nur eine Mitverantwortung, was in der Befragung durch den Vergleich mit dem Staat erhoben wurde.

Insgesamt ergibt sich: Man will die bisherige Kirche durchaus nicht grundlegend verändern, man will im Prinzip die „alte“ Kirche — aber eben aktiver, sozial engagierter, zeitnäher und deutlicher.

j) Auf der finanziellen Seite zeigen sich starke Vorbehalte und Einwendungen gegen den gegenwärtigen Zustand:

52% sind für eine Änderung des bisherigen Kirchensteuer-Einzugsverfahrens und möchten die Kirchensteuer durch freiwillige Leistungen ersetzt sehen.

49% würden bei freiwilligen Beiträgen weniger bezahlen als jetzt, 18% überhaupt nichts mehr.

Eine Mehrheit von Mitgliedern hält also die Kirchensteuern für zu hoch. Zum Vergleich: Ein noch größerer Anteil der Befragten (77%) bezeichnet die staatlichen Steuern als zu hoch.

k) Eine auffällig große Zahl kritischer und distanzierter Mitglieder findet sich unter den jüngeren Altersgruppen (14–24 und 25–34 Jahre) sowie unter der Gruppe der Höhergebildeten. Bei fast allen Fragen belegt ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz diejenigen Antwortmöglichkeiten, die Distanz ausdrücken; das gilt sowohl für das Verbundenheitsgefühl, die Austrittsneigung, die Einstellung zu Taufe und Konfirmation wie auch für die Kritik am jetzigen Kirchenfinanzsystem.

---

### Wie stabil ist also die Kirche?

---

Eine einfache Antwort auf diese Frage läßt sich nicht geben. Im Bewußtsein einer Mehrheit der Mitglieder ist die Kirche relativ stark verankert. An vielen Punkten jedoch, zum Beispiel bei der Kindertaufe, der Übereinstimmung in religiösen Fragen, der Kirchensteuer usw., zeigen sich Dissonanzen. Viele Mitglieder richten beträchtliche Erwartungen an die Kirche, äußern aber zugleich auch ihre Unzufriedenheit.

Unmittelbare kirchenpolitische Folgerungen aus der Erhebung sind nicht möglich. Man wird aber urteilen dürfen: Für die Kirche kann der Kredit, den sie der Erhebung zufolge bei ihren Mitgliedern hat, nur bedeuten, daß sie ihre Zeit und ihre Mittel gezielt für Reformen im Blick auf ihren Bestand und ihre Erneuerung einsetzt.

#### Unsere Autoren

Dr. Hermann Boverter,  
Akademiedirektor  
506 Bensberg  
Thomas-Morus-Akademie

Professor Peter L. Berger,  
Brigitte Berger,  
Rutgers University  
New Brunswick (New Jersey)

Dr. Richard von Weizsäcker, MdB  
53 Bonn, Bundeshaus